



Dietrich W. Thielenhaus

Für die SHK-Report-Leser nimmt der Autor, im Hauptberuf geschäftsführender Gesellschafter der seit 1986 in der SHK-Branche erfolgreichen Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner (Wuppertal), in seiner regelmäßigen Kolumne „KLARTEXT“ aktuelle Themen, Probleme und Herausforderungen auf's Korn.

Sonderkonjunktur am Bau

E2018 ist die deutsche Wirtschaft so langsam gewachsen wie seit vier Jahren nicht mehr. Die Bundesbank hat ihre Jahresprognose im Dezember um ein Viertel auf 1,5 % zurückgenommen. Für 2019 und 2020 geht sie von einem BIP-Anstieg um jeweils 1,6 % aus. Die Zentralbank sieht die deutsche Wirtschaft weiterhin „auf solidem Wachstumskurs“. Weniger optimistisch zeigt sich das ifo-Institut, dessen Konjunktur-Index im Dezember den vierten Monat in Folge rückläufig war. Davon ausgenommen war allerdings das Bauhauptgewerbe. Die Baufirmen schätzen ihre aktuelle Lage noch einmal etwas besser ein, während ihre Erwartungen leicht gefallen sind. 2018 sind etwa 300.000 neue Wohnungen gebaut worden. Für das neue Jahr soll die Zahl der Neubauten nochmals auf bis zu 320.000 Einheiten steigen. Die Bauverbände erwarten für 2018 und 2019 ein Umsatzplus von jeweils 6 %, was preisbereinigt noch 1,5 % bzw. 1,0 % entsprechen.

SHK weiter auf Kurs

Dass die Welt auch für die SHK-Branche weiterhin in Ordnung ist, zeigt die neueste ifo-Erhebung zur Entwicklung der Haus- und Gebäudetechnik. Danach hat die Branche ihren Umsatz 2018 – gegenüber dem Vorjahr – um 3,3 % auf 58,9 Mrd. Euro steigern können. Die realen Bauinvestitionen legten im gewerblichen Hochbau um 1,0 % sowie im Wohnungsbau und öffentlichen Hochbau um je 3 % zu. Die Mitarbeiterzahl in den 49.325 Unternehmen von Industrie, Großhandel und Handwerk erhöhte sich auf über 515.000 Personen. Auch für 2019 zeigt sich ifo weiter zuversichtlich. Die Haustechnik-Branche werde um 2,6 % auf etwa 60 Mrd. wachsen.

Haustechnik im Vergleich mit anderen Gewerken

Laut Statistischem Bundesamt hat die „Gas-, Wasser-, Heizungs-, Lüftungs- und Klimainstallation“ ihre Umsätze von Januar bis September 2018 – gegenüber dem Vorjahreszeitraum – um 5,2 % erhöhen können. Die Zahl der Beschäftigten stieg dagegen nur um 1,7 %. Beim Umsatzwachstum rangierte die Haustechnik deutlich vor anderen Gewerken wie Fliesenlegern, Bauschlossern, Tischlern, Malern und Glasern. Den eindrucksvollen Aufschwung im Ausbaugewerbe dokumentiert die Tatsache, dass die Quartalsumsätze seit dem dritten Quartal 2015 ohne Unterbrechung kontinuierlich erhöht werden konnten.

„Zukunftsorientierte Aufgabe“

Die Sanitärbranche erwartete im Dezember für 2018 eine Umsatzsteigerung um fast 3 % auf 24,8 Mrd. Euro. Nach VDS-Einschätzung muss das positive Gesamtbild allerdings differenziert betrachtet werden. Während das Fachhandwerk weiterhin hohe Auslastung und Auftragsreichweite meldet, habe etwa die Armaturenindustrie mittlerweile „mit leichtem Gegenwind zu kämpfen“. Wegen der weltpolitischen Unsicherheiten komme mit Blick auf 2019 eine gewisse konjunkturelle Skepsis auf. Auch bei der Arbeitsteilung im dreistufigen Vertriebsweg wird offenbar im Wege einer „Strategiediskussion“ Handlungsbedarf gesehen. So habe sich „die Entwicklung von Vertriebswegeszenarien als zukunftsorientierte Aufgabe“ herauskristallisiert, wie es dazu sibyllinisch heißt. In dem Zusammenhang wird ja oft auf den durch den Per-

sonalmangel im Handwerk verursachten Flaschenhalseffekt verwiesen, der das Wachstum in Boom-Zeiten einbremst.

Das Rätsel der Energiepreise

Die Entwicklung der Energiepreise erscheint selbst Kennern der Materie mitunter rätselhaft. So mussten die privaten Haushalte im Oktober 2018 zum Start der Heizperiode 4,0 % mehr für leichtes Heizöl zahlen als im Vorjahresmonat. Wer versucht, die Hintergründe zu erhellen, wird auf analoge Rohöl-verteuerung und Währungseffekte infolge des starken US-Dollars verwiesen. Mehr als erstaunlich ist dagegen, dass die Heizölpreise bis zum Jahresende weiter gestiegen sind, obwohl die Rohölpreise auf dem Weltmarkt seit Anfang Oktober deutlich zurückgehen. So verbilligte sich Brent Crude Oil von fast 87 im Oktober auf 58 Dollar Mitte Dezember. Außerdem: Energie ist hierzulande ganz allgemein deutlich teurer geworden. Im November sind die Preise – laut Statistischem Bundesamt – um sage und schreibe 9,3 % gestiegen. In diese Rechnung sind – neben Heizöl – auch Benzin, Diesel, Gas und Strom einbezogen. Eine nachvollziehbare Erklärung dieser Preisexplosion liegt bisher nicht vor. Der von den Ölkonzernen noch im September gerne genutzte Hinweis auf das Niedrigwasser auf dem Rhein und seinen Nebenflüssen taugt ja eigentlich nicht mehr als Alibi...

„Blaues Wunder“

Vor italienischen Verhältnissen in Deutschland hat Prof. Gunther Schnabl gewarnt. Der Ökonom weist darauf hin, dass die Staatseinnahmen seit dem Jahr 2000 um 53 % gewachsen sind. Die Steuerflut ist allerdings nicht auf entsprechend hohes Wirtschaftswachstum zurückzuführen. Das reale Sozialprodukt ist nämlich seit 2000 „nur“ um 24,3 % gestiegen. Die Diskrepanz ist zurückzuführen auf die EZB, die den Leitzins von 4,25 % in 2000 auf derzeit Null gesenkt sowie Staats- und Unternehmensanleihen im nominalen Gegenwert von 2,6 Billionen gekauft hat. Das hilft dem deutschen Fiskus gleich dreifach. Erstens haben die öffentlichen Haushalte allein seit 2008 beim Zinsdienst 290 Mrd. Euro gespart. Zweitens haben sich die Grunderwerbssteuern durch den Run auf „Beton-Gold“ von 4,9 Mrd. in 2009 auf aktuelle 13,1 Mrd. Euro mehr als verdoppelt. Drittens schwächt die Niedrigzinspolitik den Euro, was den Export stärkt. Davon profitiert nicht nur der Arbeitsmarkt, sondern auch die Einkommenssteuer. Wo liegt das Problem, mag mancher Zeitgenosse fragen. Nun: Die virtuell veranlasste Steuerflut stärkt die Neigung der Politiker, durch finanzielle Wohltaten über die realen Verhältnisse zu leben, also die Staatsausgaben dauerhaft überproportional zu erhöhen. In den südeuropäischen Schuldenländern hat sich nach 2007 gezeigt, was passiert, wenn die Staatseinnahmen abstürzen, während die meisten Ausgabenverpflichtungen fortbestehen. Dazu Prof. Schnabl: „Die für den Süden gedachte Rettungspolitik der EZB treibt währenddessen in Deutschland eine Immobilien- und Exportblase, die ebenso platzen wird. Während sich die Konjunktur bereits abkühlt (der DAX fällt und die Konjunkturprognosen werden nach unten revidiert), bringt die SPD-Führung staatlich bezahlte Auszeiten für Arbeitnehmer ins Spiel. Das klingt klasse! Doch die unkontrollierten Ausgabenerhöhungen machen die GroKo zu einer südeuropäischen Koalition, die bald ihr finanzpolitisches blaues Wunder erleben dürfte.“